



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 128. Ratssitzung vom 15. Januar 2025

4188. 2024/41

Postulat von Anna Graff (SP), Karin Weyermann (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL) und 2 Mitunterzeichnenden vom 31.01.2024: Bewilligung geeigneter Strassenabschnitte im Gebiet der Langstrasse/Kernstrasse als Strassenstrichzonen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Anna Graff (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2797/2024): Die Langstrasse und angrenzende Strassen sind keine offiziellen Strassenstrichzonen. Aber niemand kann darüber hinwegblicken, dass trotzdem Sexarbeit stattfindet und Freier auf einem inoffiziellen Strich auf der Strasse teilweise angeworben werden. Die Kriminalisierung der Sexarbeit auf der Langstrasse hat zur Folge, dass Sexarbeiter*innen abseits der Strasse anschaffen müssen. Das kann die Kontaktaufnahmemöglichkeiten massiv erschweren und sie in die gefährliche Unsichtbarkeit verlagern. Oder aber sie schaffen trotzdem auf der Langstrasse an, allerdings in einem Kontext von sehr hoher und repressiver Polizeipräsenz. Wer auf der Strasse anschafft, muss mit hohen Bussen und in vielen Fällen ausländerrechtlichen Konsequenzen rechnen. Das gilt auch für Sexarbeiter*innen, die mit in Salons angeworbenen Freiern via Strasse in ihre Zimmer gehen. Solche repressiven Konsequenzen erfolgen regelmässig und binden Ressourcen der Stadtpolizei, die für die Gesellschaft wie auch für Sexarbeiter*innen weit sinnvoller eingesetzt werden könnten. Daraus folgt eine Prekarisierung der Sexarbeiter*innen an der Langstrasse. Sie müssen sich schneller auf Freier einlassen und meiden den Kontakt mit der Polizei, wenn dieser nötig wäre, sowie mit nicht-repressiven Beratungs- und Fachstellen. Die Kontaktaufnahme durch aufsuchende Sozialarbeit, die Gewaltprävention und die Gesundheitsarbeit werden dadurch massiv schwieriger. Besonders dramatisch ist die Situation für jene Sexarbeiter*innen, die in ausbeuterischen Abhängigkeitsverhältnissen stecken und durch den Repressionskontext weit weniger polizeiliche oder andere Hilfe aufsuchen. Die Möglichkeit, im Langstrassenquartier auch auf der Strasse legal arbeiten zu können, ist deshalb ein langjähriges Anliegen von Sexarbeiter*innen sowie Beratungs- und Fachstellen. Es ist die Grundvoraussetzung, damit sichere Sexarbeit an der Langstrasse stattfinden kann und das wirksamste Mittel gegen Ausbeutung und Gewalt. Deshalb fordert die SP zusammen mit der AL, Die Mitte, EVP und einem Teil der Grünen, dass geeignete Strassenabschnitte im Gebiet der Langstrasse/Kernstrasse als offizielle Strassenstrichzonen aufgenommen werden. Dadurch kann endlich die rechtliche*



2 / 7

*Unsicherheit von Sexarbeiter*innen im Bereich Langstrasse, wo de facto seit eh und je ein Strassenstrich existiert, beseitigt werden. Wir begegnen damit der Realität mit Ehrlichkeit und verbessern die Situation der Sexarbeiter*innen, insbesondere jener, die besonders prekariert sind. Anstatt die Ressourcen der Stadt in einen hohen polizeilichen Kontrolldruck zu investieren und unzählige Arbeitsstunden in Anzeigen und Verfahren zu investieren, kann die Stadt Ressourcen in Unterstützung, Begleitung und Beratung fliesen lassen. Das ist effizient und präventiv, während Repression in diesem Fall nichts bringt. Erst recht nicht bei vulnerablen Personen, die keine Alternative haben. Die Umsetzung der Forderung soll die Quartierverträglichkeit selbstverständlich ins Auge fassen. Besonders wichtig ist uns, dass sie in Absprache mit nicht-repressiven Akteur*innen an der Langstrasse erfolgt, die die Sexarbeiter*innen im Quartier schon seit langem begleiten. Dazu gehören das gynäkologische Ambulatorium, die Beratungsstelle Flora Dora, Solidara, Rahab oder die Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration (FIZ), die seit vielen Jahren gute und wichtige Arbeit leisten und zu einer wirksamen, lösungsorientierten Umsetzung beitragen können.*

Stephan Iten (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 28. Februar 2024 gestellten Ablehnungsantrag: *Es handelt sich nicht um mein Fachgebiet. Wenn ich den Vorstoss lese, merke ich aber, dass etwas Illegales legal gemacht oder zumindest geduldet werden soll. Da frage ich mich, weshalb man dann nicht noch eine Strassen-Drogen-Zone einführt. Seien wir ehrlich: Konsumiert wird sowieso. Ich verstehe nicht, weshalb es in der Langstrasse eine Strassenstrichzone braucht und was sie bringen soll. Im Postulat heisst es, dass Sexarbeiter und Sexarbeiterinnen ausgebeutet werden. Jetzt sollen diese Frauen und Männer auf die Strasse gehen, dort Leute anwerben, die vorher gar keinen Sex wollten und sich von diesen ausbeuten lassen. Der Strassenstrich am Sihlquai wurde aufgelöst, weil es unhaltbare Zustände waren. In Altstetten wurden Sex-Boxen errichtet, damit die Frauen von der Strasse wegkommen. Ich verstehe nicht, weshalb man ausgerechnet in einem stark bewohnten und sonst schon stark belasteten Quartier eine Strassenstrichzone bewilligen sollte. Die SVP will keine Strassenstriche in einem Wohnquartier. Es gibt genügend andere Möglichkeiten, den Service in Anspruch zu nehmen. Wir sehen weder für die Stadt noch für die Prostituierten, die Einwohner oder die Anwohner einen Mehrwert im Postulat.*

Weitere Wortmeldungen:

Serap Kahrman (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag: *Der Vorstoss wurde in der GLP-Fraktion intensiv diskutiert. Am liebsten hätten wir einen Kompromiss zwischen dem nordischen Modell und der totalen Liberalisierung der Sexarbeit. Das ist aber nicht der Fall. So sehr wir für Sexarbeiterinnen, die diese Arbeit freiwillig erbringen, die gänzliche Liberalisierung und Legalisierung unterstützen würden, so bewusst muss man sich sein, dass der Grossteil der Menschen, die diese Arbeit verrichten, ausgebeutet wird. Wir sprechen von ungefähr zwei Dritteln der Betroffenen. Wir können nicht so tun, als wäre es ein total normaler Job, weil Ausbeutung und Menschenhandel in dieser Branche eine Realität sind. Es ist deshalb wichtig, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Die*



Bussen betreffen im Moment die Falschen, nämlich jene, die ausgebeutet werden oder ihre Arbeit freiwillig erledigen. Grundsätzlich unterstützt die GLP die Liberalisierung. Aber es ist uns wichtig, dass auf dem Weg zur Legalisierung und Liberalisierung flankierende Schutzmassnahmen für die Sexarbeitenden getroffen werden und die Unterstützung bei der beruflichen Neuorientierung verstärkt wird. Deshalb schlagen wir einen Textzusatz vor. Am Schluss soll angefügt werden: «Dabei sollen gleichzeitig geeignete flankierende Schutzmassnahmen und berufliche Neuorientierungsangebote verstärkt werden.»

Patrik Brunner (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag: *Einerseits sieht die FDP die Differenz zwischen gesetzlicher Grundlage und Realität. Andererseits hatte es einen Grund, weshalb die Strassenprostitution an der Langstrasse bei der Revision der letzten Vorlage ausgeklammert wurde. Das Langstrassenquartier ist ein mehrfach belastetes Quartier. Wir haben nicht nur Anwohnende, die ein Recht auf Ruhe und ein Privatleben haben, sondern es gibt auch ein lebendiges Gewerbe, viel Partyvolk und eine Drogenproblematik. Jetzt sprechen wir auch noch darüber, dort Prostitution zu legalisieren. Dieses Problem und die Beweggründe, dass die Langstrasse damals ausgeklammert wurde, sollten berücksichtigt werden. Gleichzeitig sehen wir, dass die Forderung geprüft werden sollte. Die Überarbeitung ist lange her und die Realität ist, wie sie ist. Deshalb schlägt die FDP ebenfalls eine Textänderung vor. Nach dem Schlusspunkt würden wir gerne ergänzen: «Unter Berücksichtigung der Belastung des Quartiers und der Lehren aus der Aufhebung des Strassenstrichs Sihlquai und Schaffung des Strichplatzes Depotweg.» Wenn die beiden Textänderungen angenommen werden, würden wir dem Postulat zustimmen.*

Sophie Blaser (AL): *Ich trage das Votum von Tanja Maag (AL) stellvertretend vor. Sexarbeit passiert idealerweise dort, wo das städtische Leben stattfindet. Der Strassenstrich ist der sichtbarste Ort im Vergleich zu Sexarbeit in Salons oder Clubs. Er ist weniger isoliert und weniger von einem starken Machtgefälle zwischen Kunden oder Betreibenden und Sexarbeitenden geprägt. Das nationale Netzwerk für Rechte und Anliegen von Sexarbeitenden ProCoRe bekräftigt das: «Es ist ein Klischee, dass Sexarbeit auf der Strasse am prekärsten ist.» Wenn der Strassenstrich jedoch an abgelegene Orte verschoben wird, braucht es zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen. Das ist in unserer Stadt mit der Schliessung des legalen Strassenstrichs und der Umplatzierung an den Depotweg in Altstetten passiert. Als sogenannte sichere Alternative zum Strassenstrich wurde im Jahr 2013 der erste Strichplatz der Schweiz zwischen den Bahngleisen und der Autobahn angesiedelt. Ganz in der Tradition des AL-Engagements für Sexarbeitende haben wir vor ziemlich genau drei Jahren rund um den Strichplatz einen Themenspaziergang organisiert. Die befragten Fachpersonen vor Ort attestierten der Stadt, dass die Sexarbeitenden auf dem Strichplatz gut geschützt seien. Weil der Ort so abgelegen sei, hätten sich zusätzliche Sicherheitsmassnahmen aber als notwendig erwiesen. Durch die installierten Sex-Boxen reduziert sich die nicht ungefährliche Mitfahrt mit Freiern. Ausserdem gibt es in jeder Sex-Box einen Alarmknopf. Weiter gibt es sanitäre Infrastrukturen und ein Beratungsangebot vor Ort. Trotzdem ist der Strichplatz keine Alternative, sondern lediglich ein neues Angebot im Sexmarkt für eine kleine Anzahl Sexarbeiter*innen. Die Nicht-*



regierungsorganisationen (NGO) haben also nach wie vor hauptsächlich mit Sexarbeitenden zu tun, die ausserhalb des Strichplatzes arbeiten. Deren Situation hat sich durch die Einführung des Strichplatzes nicht verbessert, sondern eher verschlechtert. Mit der Illegalität von Sexarbeit im Langstrassenquartier gehen auch Polizeirepression und Sanktionen einher. Das wirkt sich negativ auf die psychische und physische Gesundheit der Betroffenen aus. Am erwähnten Anlass und bei vielen anderen Gelegenheiten kritisierten die Fachstellen die Schliessung des legalen Strassenstrichs. Die Massnahmen, die die Stadt damals im Rahmen der neuen Prostitutionsgewerbeverordnung (PGVO) umsetzte, sind insgesamt von repressiver Natur. Sie verhindern den Menschenhandel nicht und erschweren Sexarbeitenden den Zugang zu niederschwelliger Unterstützung ausserhalb des Strichplatzes. Die AL stand rund um die neue PGVO immer sehr aktiv für die selbstbestimmte Sexarbeit ein und hat im Jahr 2016 ein Postulat der SP für eine Strassenstrichzone an der Langstrasse unterstützt. Sexarbeit darf nicht in die Illegalität gedrängt werden. Die Bedingungen für Sexarbeit dürfen nicht repressiv ausgestaltet werden. Der Fokus muss auf dem Schutz vor Ausbeutung und Menschenhandel liegen. Zur Textänderung der FDP: Der Wunsch zum Abholen der Anliegen der Quartierbevölkerung können wir nachvollziehen. In der Textänderung der GLP versteckt sich der Wunsch, Sexarbeitenden die Möglichkeit für alternative Lebensentwürfe aufzuzeigen. Diese paternalistische Sichtweise auf andere Lebensentwürfe finden wir schwierig. Ohne die Umformulierung von «Ausstiegshilfe» zu «beruflichen Neuorientierungsangeboten» hätten wir die Textänderung ablehnt. So ist es für uns aber akzeptabel.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Der Fokus von Massnahmen im Bereich der Sexarbeit muss darauf liegen, die Situation für Sexarbeiterinnen möglichst besser und erträglicher zu gestalten. Es geht um die Realität, dass Sexarbeit an der Langstrasse schon angeboten wird. Es ist wichtig, diese Realität anzuerkennen. Es ist auch klar, dass Sexarbeit keine Arbeit wie jede andere ist – vor allem, weil sie sehr stark reguliert ist. Es wäre zynisch zu behaupten, es sei eine Arbeit wie jede andere. Trotzdem ist es wichtig anzuerkennen, dass es eine Arbeit ist und es Menschen gibt, die diese Arbeit freiwillig ausüben. Gleichzeitig ist klar, dass dahinter oft eine Notlage oder finanzielle Überlegungen stehen. Wir müssten länger darüber sprechen, weshalb es in unserer Stadt Menschen gibt, die unter einem solchen finanziellen Druck stehen, dass sie diese Arbeit ausüben. Wenn es um Zwang im Sinn von Menschenhandel geht, muss man genau hinschauen und die nötigen Rahmenbedingungen und Massnahmen schaffen. Die Stadt muss Menschenhandel entschieden angehen und bekämpfen. Das Thema ist komplex, weil es viele Realitäten, Hintergründe und Gründe gibt – angefangen damit, was Freiwilligkeit ist. In diesem Postulat geht es um Sexarbeit, die freiwillig ausgeübt wird. Diesen Sexarbeiterinnen nützt es nichts, wenn sie kriminalisiert und prekarisiert werden. Es führt nur dazu, dass sich ihre Situation massiv verschlechtert und sie sich nicht trauen, sich bei Gewalt an die Polizei zu wenden. Es gibt auch in der freiwilligen Sexarbeit oft Gewaltsituationen, wie eine kürzlich veröffentlichte Studie zeigte. Es muss für die Sexarbeiterinnen jederzeit sicher sein, sich an die Polizei zu wenden, auch wenn sie ihre Dienste an einem verbotenen Ort anbieten. Sexarbeiterinnen brauchen Unterstützung und Schutz. Gleichzeitig ist



es wichtig, dass die Quartierbevölkerung nicht unnötig belastet wird und deren Bedürfnisse einbezogen werden. Die Grünen haben Stimmfreigabe beschlossen, weil in der Fraktion eine geteilte Haltung zur Situation an der Langstrasse besteht.

Markus Knauss (Grüne): *Drogen, Sex, Party und ganz viele mehr oder weniger originale und zugehörnte Personen mitten in einem Wohnquartier: In meiner Wahrnehmung herrscht an der Langstrasse seit vielen Jahren eine sehr volatile Lage. Es ist mal besser und mal schlechter, aber gut ist es nicht. Dank der autofreien Langstrasse bin ich in letzter Zeit wieder sehr viel dort unterwegs. Ich sehe jedes Mal relativ viele Prostituierte auf der Strasse, die einen entspannten Eindruck machen. Die «sehr hohe repressive Polizeipräsenz» von der im Postulat die Rede ist, nehme ich so nicht wahr. Dieser Eindruck mag zufällig sein. Während die Langstrasse mittlerweile während 24 Stunden eine Party-Sex-Drogen-Meile ist, beginnt 10 oder 20 Meter daneben das Wohnquartier. In meinem Bekanntenkreis gibt es immer mehr Leute, die es nach Jahrzehnten nicht mehr aushalten und gehen. Das sollte ein Alarmzeichen sein und zeigt, dass die Langstrasse weit davon entfernt ist, eine zusätzliche Last tragen zu können. Dass man vulnerable Frauen besser schützen will, finde ich absolut unterstützenswert. Ich frage mich einfach, ob die vorgeschlagene Massnahme richtig ist. Ich wage zu bezweifeln, dass man damit die Situation der Frauen verbessert, wenn man sich die Situation am Sihlquai noch einmal in Erinnerung ruft. Wenn vor allem junge Männer in grösseren Gruppen und im Alkoholrausch hinter diesen Frauen her sind, dürfen die Frauen zwar legal anschaffen, aber ob es ihnen besser geht, weiss ich nicht. Die Langstrasse ist viel bekannter, als es das Sihlquai damals war. Mit einer Langstrasse mit offizieller Strassenstrichzone wird ein Magnet für Männer geschaffen, die vielleicht nicht unbedingt die nettesten oder freundlichsten sind. Wenn Sie dieses Postulat unterstützen, schlagen Sie die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung, die ihr Leben ungestört von den Sexsuchenden verbringen will, in den Wind. Sie schränken auch die Bewegungsfreiheit von Frauen ein, die mit dem Sexgewerbe nichts zu tun haben, die aber aus der Sicht einer enthemmten Männergruppe in einer Strassenstrichzone Freiwild sind. Das bedaure ich und will ich nicht. Faktisch machen Sie viele Frauen, die sich an der Langstrasse aufhalten, damit nicht sehr glücklich. In den Textänderungen werden flankierende Massnahmen vorgeschlagen. Das finde ich gut. Aber weshalb kombiniert mit einem Strassenstrich an der Langstrasse? Wenn die FDP die Belastung des Quartiers berücksichtigen will, ist das letztlich ein Eingeständnis, dass ein Strassenstrich an der Langstrasse keine gute Idee ist. Nur ohne Strassenstrich kann man die Belastung des Quartiers adäquat berücksichtigen. Es stimmt, dass die Grünen gespalten sind. Ich bin der Meinung, dass das Postulat abgelehnt werden muss, wenn man eine halbwegs mit einem Wohnquartier verträgliche Langstrasse will.*

Karin Weyermann (Die Mitte): *Ich schliesse mich meinen Vorrednerinnen an. Markus Knauss (Grüne) hat gesagt, die Langstrasse habe den Ruf von Sex, Drogen und Party. Was er schildert, erlebt man heute schon an der Langstrasse. Wenn ich mir eine Prostituierte vorstelle, die von einer betrunkenen Horde Männer angemacht wird und weiss, dass sie dort nicht anschaffen darf, wird sie dem vorbeifahrenden Streifenwagen nicht winken. Wenn sie hingegen dort stehen darf, tut sie es vielleicht eher. Als Frau mache*



ich mir keine Sorgen, dort durchzugehen. Ich ging früher auch dem Sihlquai entlang und machte nie negative Erfahrungen. An der Langstrasse kommt es auch heute vor, dass man als Frau blöd angemacht wird, weil viele Männer wissen, dass dort Prostituierte stehen. Die Belastung des Quartiers ist heute schon hoch. Ich bin aber überzeugt, dass sie mit der Einführung des Strassenstrichs nicht höher wird. Das Einzige, das wir fordern, ist eine Entlastung für jene Frauen, die dort bereits anschaffen. Die Bedenken werden mit der FDP-Textänderung berücksichtigt. Ich bin überzeugt, dass man eine Lösung findet, die alle Interessen unter einen Hut bringt – im Wissen darum, dass es nicht einfach wird und heute schon eine belastete Situation ist. Aber wir müssen zugunsten dieser Frauen eine Lösung finden. Es ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Es wird nicht das gesamte Prostitutionsproblem lösen. Es wird weiterhin Menschenhandel geben, den wir intensiv bekämpfen müssen. Es wird auch weiterhin Frauen geben, die das freiwillig tun – was auch immer Freiwilligkeit in diesem Bereich genau bedeutet. Diese Thematik können wir ein anderes Mal debattieren, sie spielt für das Postulat keine Rolle.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Es ist ein schwieriges Postulat. Es ist Realität, aber auch eine sehr triste Realität. Ich halte mich nicht häufig im Gebiet der Langstrasse auf. Als ich einmal an der Kreuzung Langstrasse/Militärstrasse auf den Bus wollte, kam mir eine Frau in Jeans entgegen und machte mich an. Mein Nein reichte nicht, es war wohl zu respektvoll. Es wurde auf der Strasse schwierig, mich zu distanzieren. Ich wusste nicht, ob ich einfach hätte davongehen sollen, wäre der Bus nicht gekommen. Das ist ein Problem, wenn man den Strich auf der Strasse erlaubt. Man kann nicht ein Postulat unterstützen, das dazu führt, dass sich Fussgänger belästigt fühlen und sich nicht zur Wehr setzen können. Die Sache ist zweischneidig, aber man muss Grenzen ziehen.*

Anna Graff (SP) *ist mit den Textänderungen einverstanden: Wir nehmen beide Textänderungen an. Zur Textänderung der FDP: Der Strich an der Langstrasse soll selbstverständlich im Kontext betrachtet werden. Das führten wir bereits in der Begründung aus. Es ist klar, dass auf die Quartierverträglichkeit geachtet werden muss, damit die Lösung mittel- und langfristig funktioniert. Bei der zweiten Textänderung sind wir uns einig, dass es einen möglichst einfachen, niederschwelligem und sicheren Zugang zu diesen Angeboten braucht. Die Entkriminalisierung des Strichs ist die wichtigste Massnahme, um den Zugang möglichst niederschwellig zu gewährleisten. Es ist klar, dass eine berufliche Neuorientierung jederzeit möglich sein muss. Die besten Mittel dafür sind die Bekämpfung von Armut und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, damit genug hohe und stabile Einkommen auch ausserhalb der Sexarbeit garantiert werden können. Das geschieht durch die Einführung von Mindestlöhnen oder durch einen gesicherten Zugang zu Sozialleistungen für Migrant*innen, ohne dass sie dadurch kriminalisiert werden. Das Votum von Markus Knauss (Grüne) hat mich schockiert. Du meinst, die Sexarbeiterinnen an der Langstrasse machten einen entspannten Eindruck und du sprachst von einer zusätzlichen Last fürs Quartier. Es gibt Fachstellen und Statistiken, die die Situation der Betroffenen dokumentieren. Zu sagen, es gebe kein Problem, finde ich schwach.*



7 / 7

Angenommene Textänderungen:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie geeignete Strassenabschnitte im Gebiet der Langstrasse/Kernstrasse als Strassenstrichzonen bewilligt werden können, unter Berücksichtigung der Belastung des Quartiers und der Lehren aus der Aufhebung des Strassenstriches Sihlquai und Schaffung des Strichplatzes Depotweg. Dabei sollen gleichzeitig geeignete flankierende Schutzmassnahmen und berufliche Neuorientierungsangebote verstärkt werden.

Das geänderte Postulat wird mit 88 gegen 20 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat